

Endlich die Mandatstrennung in Luxemburg durchsetzen!

Die CSV stellt fest, dass die heutige Arbeitslast eines Bürgermeisters und teilweise selbst die eines Schöffen, heute genauso nach einem Vollzeitmandat verlangt, wie jene eines Volksvertreters im Parlament. Als Abgeordneter gilt es sich in Themenbereiche einzuarbeiten, Lösungsansätze zu erarbeiten oder zu hinterfragen und dabei regelmäßig mit dem Bürger im Dialog zu stehen.

Darüber hinaus wollen Gesetzestexte und europäische Verordnungen gelesen und analysiert, Kommissionsitzungen und Auftritte in der Plenarsitzung vorbereitet werden. Immerhin sollen die Abgeordneten nicht nur legislative Initiativen prüfen oder gar ergreifen, sondern auch eine Regierung kontrollieren, die sich auf einen ganzen Beamtenstab stützen kann.

Bei den Gemeindeverantwortlichen mögen sich die Herausforderungen je nach Größe der Gemeinde unterscheiden, an der Arbeitslast ändert dies jedoch nichts. Kontaktieren die Einwohner in größeren Gemeinden noch die zuständige Gemeindedienststelle, gilt in kleineren Gemeinden der erste Anruf sofort dem Bürgermeister oder verantwortlichen Schöffen.

Angesichts der großen Herausforderungen in Luxemburg und weltweit, ist die CSV überzeugt, dass wir sowohl auf kommunalem als auch auf nationalem Plan, dringend gewählte Vertreter brauchen, die ihr jeweiliges Mandat mit absoluter Gewissenhaftigkeit ausführen können. Da das Doppelmandat sowohl der einzelnen Person als auch der jeweiligen Partei durchaus beträchtliche Wähler Vorteile bringen kann, muss ein solches Verbot natürlich für alle Parteien gleichzeitig gelten.

Die CSV soll sich deshalb im Parlament dafür einsetzen, dass bis spätestens 2023:

- eine gesetzliche Mandatstrennung von Abgeordneten- und Hauptgemeindemandaten in Luxemburg eingeführt wird;
- der Bürgermeister als Vollzeitmandat und der Schöffe als Halbzeitmandat mit entsprechender Entlohnung landesweit festgeschrieben wird;
- das Mandat eines Abgeordneten zu einem Vollzeitmandat wird.

Um den Stimmen der Gemeindevertreter in der nationalen Debatte weiterhin Gehör zu verschaffen, sollten alle Gemeinde in einer „Chambre professionnelle“ vertreten sein, um die Gesetzesvorhaben des Parlaments mit beratender Stimme zu begleiten und sollten bei bestimmten und definierten kommunalrelevanten Gesetzesvorlagen eine „opposition formelle“ im Vorbild des Staatsrates einlegen können.

Angenommen auf dem CSJ-Nationalkongress 2020 in Redingen